
Frankreichs Front National

Elemente der Analyse und Vorschläge für eine Gegenstrategie

ALAIN BIHR

Seit nunmehr dreißig Jahren steckt das politische Leben in Frankreich gewissermaßen in Geiselhaft wegen der Rolle, die die FN (Front National) in ihm spielt. Obwohl die FN bislang auch keine Regierungsverantwortung trug, konnte sie die politische Debatte doch anhand ihrer Lieblingsthemen (Einwanderung, Sicherheit, Beschädigung der nationalen Identität usw.) polarisieren, die einen Bruch mit der Tradition und Praxis der französischen republikanischen Werte darstellen. Man kann dieses erstaunliche Paradox nur erklären, indem man die gemeinhin mit dem Begriff «Globalisierung» benannten, tiefgehenden Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Klassen in Frankreich in dieser Zeit genau unter die Lupe nimmt. Diese Veränderungen müssen auch bei der Erarbeitung von Vorschlägen für eine Strategie gegen die FN berücksichtigt werden.

Kurze Geschichte der FN

Es kann nicht schaden, zunächst die Hauptphasen in der Geschichte der Front National ins Gedächtnis zu rufen, zumal wenn man sich an eine ausländische Leserschaft wendet. Es gibt grob gesagt vier solcher Phasen.

Von der Gründung bis zum Durchbruch (1972–1984)

Die FN wird im Herbst 1972 gegründet und sammelt dabei die Überreste der verschiedenen Strömungen und historischen Referenzpunkte der französischen extremen Rechten. Man findet da in ihren Reihen Royalisten, die zum Königreich des Ancien Régime zurückwollen, traditionalistische bis hin zu fundamentalistische Katholiken, Ehemalige der *Action Française*, alte Anhänger des Vichy-Regimes, alte Poujadisten, Ehemalige der *Algérie française*, junge Neofaschisten der Gruppe *Occident* und als Führungsfigur Jean-Marie Le Pen, der selbst von 1956 bis 1961 Abgeordneter für die poujadistische Bewegung gewesen war.

Zwischen 1972 und 1981 vegetiert die FN am Rande der politischen Szene in Frankreich dahin, erzielt bei Wahlen, dort wo sie Kandidaten aufstellt, nur jämmerliche Ergebnisse: 0,7% der abgegebenen Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen von 1978; 1,4% bei den Parlamentswahlen von 1978; keine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1981; 0,2% bei den Parlamentswahlen vom Juni 1981.

Erst als die mehrheitliche, traditionelle Linke (die sozialdemokratische PS sowie die PCF) an die Regierung kommt, fährt die FN ihre ersten Wahlerfolge ein: im März 1982 bei den Kantonalwahlen (mit Spitzen um die 10% in Dreux, Pont-de-Chéruy und Grande-Synthe); im März 1983 bei den Kommunalwahlen (Le Pen erzielt im 20. Arrondisse-

ment von Paris 11,3%); im Herbst 1983 bei einer Nachwahl in der Gemeinde Dreux (16,7%) und bei einer Nachwahl zur Nationalversammlung im Morbihan (Le Pen erreicht da 12%).

Doch erst im Juni 1984 erfolgt der erste wahlpolitische Durchbruch der FN auf nationaler Ebene. 2,2 Millionen bzw. 11% der Wählerschaft geben ihr bei den Wahlen zum Europaparlament die Stimme und verschaffen ihr zehn Abgeordnete.

Die Konsolidierung (1984–1998)

Zwei Züge sind für diese zweite Phase charakteristisch. Einerseits ein fortschreitender Anstieg der Wählerstimmen sowohl in absoluten Zahlen als auch in Prozenten der abgegebenen Stimmen auf allen Ebenen – Kommunalwahlen, Regionalwahlen, Wahlen zum nationalen Parlament, Präsidentschaftswahlen, Europawahlen.

Andererseits kann man eine gewisse «EntLePenisierung» bei der Stimmentwicklung für die FN beobachten. Am Anfang dieser zweiten Phase trug Le Pen sehr viel bessere Wahlergebnisse nach Hause als die anderen Kandidaten der FN. Doch im Lauf der Jahre verringerte sich der Abstand, bis das Verhältnis zwischen beiden sich dann gegen Ende dieser Periode bei einigen Gelegenheiten sogar umkehrte: Bei den Kommunalwahlen von 1995 und bei den Parlamentswahlen von 1997 erzielten einige Listen und Kandidaten in ihrer Gemeinde oder ihrem Wahlkreis bessere Ergebnisse als Le Pen selbst beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen von 1995.

Anders gesagt, ist in dieser Periode eine landesweite Ausdehnung der FN über ihre ursprünglichen Hochburgen hinaus und ihre Verstärkung (in bezug auf Mitgliederzahlen, Apparat und Wählerstimmen) zu beobachten. Dies verdankt sie der organisatorischen Konsolidierungsarbeit unter Bruno Mégret, der aus der gaullistischen Rechten um Jacques Chirac gekommen war und als «Generaldelegierter» seit Oktober 1988 die offizielle Nummer 2 der Partei ist. Der Aufstieg der FN erscheint von da an unaufhaltsam, ab dieser Zeit polarisiert sie mehr und mehr das ganze politische Leben in Frankreich.

Die Krise vom Winter 1998/1999 und ihre Folgen

Diese Erfolgsstory erfährt aber eine abrupte Wende im Winter 1998/1999, als es einen scharfen Konflikt zwischen den beiden Chefs: Jean-Marie Le Pen und seinem Leutnant Bruno Mégret gibt.

Bei dem Konflikt geht es um verschiedene Dinge. Zunächst einmal um die Frage der Nachfolge von Jean-Marie Le Pen (der zu dieser Zeit 70 Jahre alt ist) an der Spitze der Partei: Als «Generaldirektor» wäre Bruno Mégret eigentlich der designierte Nachfolger von Le Pen (obwohl andere, insbesondere Bruno Gollnisch, auch ihre Ansprüche anmelden), während dieser, wie das bei charismatischen Chefs vorkommt, keinen anderen Nachfolger als sich selbst akzeptieren kann. Der tiefere Grund ist aber ein Streit zwischen den beiden Männern um die Strategie zur Machteroberung: Von der traditionellen Rechten kommend hält Mégret es für nötig, sich mit einem Teil dieser Rechten zu verbünden, wie es zu dieser Zeit Gianfranco Fini in Italien und Jörg Haider in Österreich vormachen. Le Pen vertritt den gegenteiligen Standpunkt; er hasst die Rechte, der er die Preisgabe der Kolonien, insbesondere Algeriens vorwirft, ebenso sehr wie die Linke, schließt also eine

solche Strategie aus und glaubt, vermittelt über eine nationale Krise historischen Ausmaßes, allein an die Macht kommen zu können... wie Philippe Pétain im Juli 1940.

Die Folgen dieses Konflikts waren katastrophal für die FN. Die Partei bricht erst einmal auseinander: Mégret verlässt die FN oder wird aus ihr ausgeschlossen (je nach Standpunkt) und gründet eine neue Partei, die MNR (Mouvement National Républicain), er nimmt zwei Drittel des aktiven Kaders der FN mit. Unausweichlich wird die FN dadurch wahlpolitisch geschwächt – wegen der Konkurrenz mit der MNR, wegen des Mitgliederchwunds, wegen der Enttäuschung in der Wählerschaft. Die FN erhält nur noch in etwa die Hälfte bis drei Viertel ihrer vorherigen Wählerstimmen, ohne dass die MNR den Rest für sich gewinnen kann.

Es gibt aber eine Ausnahme. Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen von 2002 gelingt Le Pen eine (schlechte) Überraschung: Er stellt im Verhältnis zu seinen früheren Ergebnissen einen neuen Rekord auf, und es gelingt ihm, den Kandidaten der PS, Premierminister Lionel Jospin, zu überflügeln und in den zweiten Wahlgang zu kommen. Jospin konnte aufgrund der mehr als durchwachsenen Bilanz seiner Regierungspolitik nicht alle seine Unterstützer mobilisieren, die sich auf verschiedene andere linke und auch radikal-linke Listen verteilten. Im zweiten Wahlgang durchbricht Le Pen dann mit 5,5 Millionen Stimmen eine zweite Schallmauer, steht aber gegen eine «republikanische Front» unter Einschluss vieler Linker, die den Gaullisten Jacques Chirac gegen ihn unterstützen. Dieser zweite Wahlgang trug daher die Züge einer Volksabstimmung gegen Le Pen.

Die FN scheint damit wieder in einer ähnliche Lage zu sein wie in der ersten Phase ihres Aufschwungs, als es den großen Abstand zwischen den hohen Wahlergebnissen ihres Führers bei stark personalisierten Wahlen wie den Präsidentschaftswahlen und den eher mittelmäßigen oder bescheidenen Ergebnissen der verschiedenen Kandidaten bei Parlamentswahlen oder Kommunalwahlen gab. Doch war die Lokomotive Le Pen in Wirklichkeit dabei, ihren Dampf zu verlieren: Bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2007 war er unfähig, der Konkurrenz des Gaullisten Sarkozy genug entgegenzusetzen, als dieser seine Wahlkampagne hauptsächlich mit FN-typischen Themen (Sicherheit und Migration) bestritt. Da erhielt Le Pen nur noch 3,4 Millionen Stimmen (10,4% der abgegebenen Stimmen) – das war sein schlechtestes Ergebnis seit dem wahlpolitischen Durchbruch der FN, das dennoch nicht den Zusammenbruch der Partei nach sich zog.

Die Wachablösung (seit 2007)

Mit nunmehr fast 80 Jahren auf dem Buckel liegt es für Le Pen auf der Hand, sich von der Führung der Partei zurückzuziehen und es anderen zu überlassen, sie zu führen und die Verantwortung zu übernehmen. Er tut dies tatsächlich, indem er seine jüngste Tochter Marine Le Pen seine Nachfolge antreten lässt, wofür er einen anderen seiner alten Leutnants, Bruno Gollwitsch, beiseite räumt. Marine übernimmt die Führung der Partei faktisch zunächst als stellvertretende Vorsitzende (Ende 2008) und im Januar 2011 auch formell als Vorsitzende der Partei. So hat Le Pen seine Fantasie verwirklicht, sein eigener Nachfolger zu werden... vermittelt über seine Tochter. Tatsächlich verbindet sich aber mit dieser symbolisch so eindeutig erscheinenden Kontinuität ein bemerkenswerter Kurswechsel der FN.

Das drückt sich zunächst in der Änderung des öffentlichen Diskurses aus. Die FN lässt nun eine Reihe überkommener Themen der extremen Rechten nicht mehr anklingen, die Le Pen Vater oft geäußert hatte: kaum verhüllter Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, reaktionäre Moralvorstellungen wie die Verurteilung von Abtreibungen und das Hohelied auf die Frau als Hausfrau und Mutter usw., und sie entwickelt eine arbeitertümelnde Rhetorik – seitdem führt die FN demagogische Kampagnen gegen Massenentlassungen und für die Anhebung der niedrigsten Löhne.

Vor allem aber ist es eine Kursänderung in Sachen Strategie. Denn in der Frage, wie die FN an die Macht kommen kann, ohne das offen als Ziel zu erklären, wendet die Tochter der Antwort des Vaters den Rücken zu und greift zu der, die seinerzeit dessen politischer Weggefährte und späterer Feind Bruno Mégret vertreten hatte: Sie will die ideologischen und politischen Bedingungen für ein Bündnis mit einem Teil der sogenannten «republikanischen Rechten» schaffen, zu der derzeit UMP (Union pour un mouvement populaire, die Hauptpartei der französischen Rechten), UDI (Union des démocrates et indépendants) und MoDem (Mouvement démocrate) gehören.

Diese «republikanische Rechte» hat sich der Allianz bislang verweigert, obwohl sie sich ideologisch immer mehr FN-Positionen angenähert hat, vor allem bei den Themen Sicherheit und Migration – mit der perversen Folge, dass die FN gestärkt wurde und Marine Le Pen die Wahlergebnisse ihres Vaters sowohl in Prozenten der abgegebenen Stimmen (an die 18%) als auch vor allem in absoluten Zahlen (an die 6,6 Millionen Stimmen beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2012) übertreffen konnte.

Seitdem besteht die ganze Taktik der FN darin, die Rechte unter Druck zu setzen, bis sie keine andere Alternative mehr hat als das Bündnis mit der FN, wenn sie noch eine Chance haben will, über Wahlen an die Regierung zu kommen. Anders gesagt versucht die FN, die «republikanische Rechte» zwischen sich selbst und die sozial-liberale Linke (die PS und andere) zu quetschen.

Das war der FN bei kommunalen und Regionalwahlen, sogar bei einigen Wahlen zum Nationalparlament, bereits ab der Mitte der 90er Jahre gelungen. Heute ist sie wieder dazu in der Lagen. Das hat sie bei zwei Gelegenheiten bewiesen, bei den Präsidentschaftswahlen und bei den Parlamentswahlen des Jahres 2012. Einerseits hat sie beim zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen zur Niederlage des Kandidaten der konservativen Rechten, Nicolas Sarkozy, beigetragen: Dessen einzige Möglichkeit, wiedergewählt zu werden, wäre nämlich ein Bündnis mit der FN gewesen – mit dem Risiko allerdings, dass ihm dabei seine eigene Partei, die UMP, um die Ohren geflogen wäre, weil deren «zentristische» Mitglieder sie in diesem Fall wahrscheinlich verlassen hätten. Darum hatte Sarkozy sich auf das Ziel beschränkt, einen Teil der FN-Wählerschaft mit einer sich nach rechts und extrem rechts hin radikalisierenden Wahlkampagne zurückzugewinnen, ohne aber letztlich damit Erfolg zu haben.

Andererseits, und vor allem, hat die FN bei den Parlamentswahlen, die auf die Präsidentschaftswahlen folgten, dazu beigetragen, die Niederlage der konservativen Rechten nochmals zu vergrößern: In Wahlbezirken mit einer «Dreieckskonstellation» – dort also, wo je ein Kandidat der Linken, der UMP und der FN im ersten Wahlgang Aussicht auf einen Sieg in der Stichwahl hatte – hat die FN ihre Kandidatur im zweiten Wahlgang ge-

gen den rechten Kandidaten aufrechterhalten, weil es kein landesweit geltendes Abkommen von FN und UMP gab, ihren Kandidaten wechselseitig zugunsten desjenigen mit dem jeweils höheren Stimmenanteil zurückzuziehen.

Das Szenario hat sich beim zweiten Wahlgang der Kommunalwahlen im März 2014 nicht wiederholt, nicht etwa deshalb, weil die FN irgendwie geschwächt hätte, im Gegenteil, indem sie ihre Kandidaturen überall dort, wo das möglich war, aufrechterhielt, gelang es der Partei, etwa 1600 eigene kommunale Mandate zu erobern, in 11 Kommunen mit über 9000 Einwohnern die Mehrheit zu erlangen, und in drei weiteren Städten erfolgreich die Kandidatur anderer Bürgermeister zu unterstützen. Doch bei den Kommunalwahlen verhinderte die spektakuläre Niederlage der Listen der Linken, die auf die weitgehende Diskreditierung der PS-Regierung zurückzuführen ist, dass die von der FN für die «republikanische Rechte» aufgestellte Falle zuschnappen konnte. Trotz der Konkurrenz mit der FN gelang es dieser Rechten, der Linken zehn Städte mit über 100 000 Einwohnern abzunehmen und vierzig Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 30 000 und 100 000. Die historische Schwäche der Linken hat die Rechte davor bewahrt, sich in der tödlichen Falle zu verfangen, die die FN für sie aufgestellt hatte!

Gleichwohl hat sich das wahlpolitische Potenzial der FN nicht verflüchtigt. Das hat sich zwei Monate später bei den Europaparlamentswahlen gezeigt: Da sie besser als alle anderen antretenden Parteien ihre Wählerschaft mobilisieren konnte, gelang es ihr, fast ein Viertel der abgegebenen Stimmen auf sich zu ziehen und damit als «stärkste Partei Frankreichs» zu erscheinen. Und die Wahlumfragen sehen heute Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1917 an erster Stelle, selbst wenn es fast sicher ist, dass sie im zweiten Wahlgang geschlagen werden wird, egal wer gegen sie antritt.

Die Strategie der FN wird also in den nächsten Jahren darin bestehen, einerseits ihre aktivistische Verankerung zu verstärken, andererseits aber im Zuge ihrer Wahlerfolge ihre Präsenz in den Institutionen auszuweiten, um noch besser in der Lage zu sein, der «republikanischen Rechten» zu schaden, diese zu Wahlabkommen zu zwingen und damit in Stücke zu reißen. Dann könnte die FN um sich selbst herum ein politisches Kartell der harten und extremen Rechten aufbauen. Das setzt vor allem voraus, dass sie allzu offen faschistische und neofaschistische Kräfte aus den eigenen Reihen herausäubert, die immer wieder versuchen, sich in die FN einzuschleichen. Die Partei wird dies umso bereitwilliger machen, als ihr das wahlpolitisch nicht schaden kann, hat sie doch fast ein Monopol im extrem rechten Spektrum, womit sie dessen Stimmen in den nächsten Jahren vollständig auf die eigenen Mühlen leiten kann, gleich welche verschiedenen Unterströmungen sich da tummeln.

Eine kritische Bilanz des Kampfes gegen die FN

Das Auftauchen und Sichfestsetzen der FN in der politischen Szene Frankreichs ist bei den mehr oder weniger entschieden gegen sie auftretenden Kräften auf ablehnende bis feindselige Reaktionen gestoßen. Sie waren durchaus unterschiedlicher Art, doch sie haben sich alle als unzureichend erwiesen, sonst wäre der Aufstieg der FN schon lange gestoppt worden.

Initiativen gegen die FN

Die Kämpfe gegen die FN zerfallen in zwei Kategorien. Da sind zum einen die *antirassistischen Kämpfe*. Nach ihrem wahlpolitischen Durchbruch wurde die FN – wegen ihrer Propaganda gegen den eingewanderten Teil der Bevölkerung, vor allem gegen die Eingewanderten aus dem Maghreb und aus Afrika, und ihres kaum verschleierte Antisemitismus – sehr rasch als fremdenfeindliche und rassistische Partei an den Pranger gestellt, deren Ideologie den humanistischen und republikanischen Idealen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit widerspricht. Diese Kämpfe wurden von den traditionellen Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte und der republikanischen Werte initiiert: der LDH (Ligue des droits de l'homme), der LCRA (Ligue contre le racisme et l'antisémitisme), der MRAP (Mouvement contre le racisme et pour l'amitié des peuples). Sie konzentrierten sich auf die juristische Ebene, sie erhoben Anklage gegen Le Pen und andere Kandidaten der FN wegen ihrer fremdenfeindlichen oder rassistischen Äußerungen und erreichten damit vor Gericht auch zahlreiche Verurteilungen.

Im Herbst 1984 wurde auch auf Initiative und mit Unterstützung der PS eine Organisation speziell für den Kampf gegen die FN ins Leben gerufen: SOS Racisme. Ihr Logo ist eine kleine gelbe offene Hand, ausgestreckt wie um einen Schlag abzuwehren, und darauf steht geschrieben «Touche pas à mon pote» (Rühr meinen Kumpel nicht an), was so zu verstehen ist: Die jungen Migranten sind Kumpel, sie sind die Freunde der jungen Franzosen. Die Aktionen von SOS Racisme zielten vor allem darauf ab, die Jugend des einfachen Volkes (vor allem in den Vororten und in den großen Städten) zu mobilisieren und die öffentliche Meinung mit Hilfe von antirassistischen und multikulturellen Veranstaltungen zu sensibilisieren: mit Straßendemonstrationen, Konzerten usw., mit Medienkampagnen, aber auch mit gezielteren Aktionen (Verteidigung des Rechts, sich in der Öffentlichkeit überall aufzuhalten, Aufdeckung von Fällen diskriminierender Vorgehens bei Einstellungsgesprächen, bei Verwaltungen oder in öffentlichen Räumen usw.).

Parallel, aber teilweise auch in Konkurrenz entstanden andere Initiativen, die man als «antifaschistische» zusammenfassen kann. 1990, nach der Schändung des jüdischen Friedhofs von Carpentras, die sofort (zu Unrecht) FN-Aktivistinnen zugeordnet wurde, bildete sich auf Initiative der LCR (damalige Sektion der IV. Internationale) eine Organisation zum Kampf gegen die FN, die den Namen Ras l'Front annahm [ein Wortspiel mit der Bedeutung «Schnauze voll von der FN»]. Für sie ist die FN eine faschistische Organisation oder steht zumindest in der Kontinuität des historischen Faschismus.

Ihre Aktivität besteht insbesondere darin, in Erinnerung zu rufen, was der Faschismus war, aber auch die antifaschistischen Kämpfe der Jahre 1930–1940, vor allem auch die Résistance und die Deportationen; den offenen oder verdeckten Geschichtsrevisionismus der FN oder in ihres Umfelds anzuprangern und gegen die FN die Organisationen und Einrichtungen in Stellung zu bringen, die die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf verkörpern, angefangen bei den politischen Parteien der Linken, aber auch den Vereinigungen ehemaliger antifaschistischer Kämpfer und Deportierter; das antisoziale Programm der FN anzuprangern – der gegen die einfachen Bevölkerungsschichten, aber auch gegen Frauen und Jugendliche gerichteten Propaganda der FN in den ärmeren Stadtvierteln, auf Märkten und vor den Toren der Betrieben mit Flugblättern und Broschüren entgegenzutreten; die gewerkschaftlichen Organisationen auf die Gefahr der

Überschwemmung ihrer Grundeinheiten durch FN-Aktivist*innen und auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, in den eigenen Reihen über die FN aufzuklären und sie an den Pranger zu stellen; die Abhaltung von Veranstaltungen und Demonstrationen der FN zu stören oder zu verhindern, bis hin zur physischen Konfrontation, wenn nötig.

Solche antifaschistischen Aktionen gegen die FN wurden, wenn auch in eher sporadischer Weise, von anarchistischen und autonomen Gruppen organisiert, von denen einige den Netzwerken SCALP (Section Carrément Anti-Le Pen; in etwa «Abteilung kompromisslos gegen Le Pen») oder No Pasarán angehörten. Später dann gab es eine Struktur mit der Bezeichnung VISA (Vigilances Initiatives Syndicales Antifascistes; gewerkschaftliche antifaschistische Initiativen für Wachsamkeit), die sich das Ziel setzte, in den Gewerkschaften und anderen Organisationen der Lohnabhängigen diese Themen zu vermitteln, um sie davon zu überzeugen, dass die FN eine wirkliche Gefahr für sie darstellt. Die Conex (Coordination nationale contre l'extrême droite) versucht, den antifaschistischen Kampf gegen die FN landesweit wiederzubeleben.

Man muss von den geschilderten Aktivitäten eine gemischte Bilanz ziehen. Sicher waren sie insgesamt unzureichend, weil sie die wachsende Zustimmung für die FN nicht aufhalten konnten. Noch weniger konnten sie das unter den Erwerbslosen, den verarmten Schichten der Bevölkerung und den Bevölkerungen in den entindustrialisierten Regionen. Aber man muss auch anerkennen, dass es ihnen gelungen ist, rings um die FN herum einen «Verteidigungswall» zu errichten, aufrechtzuerhalten und zu konsolidieren, der die Einflusszunahme der FN zumindest eingrenzen und verlangsamen konnte. Insbesondere haben die Aktionen zweifellos dazu beigetragen, bis heute ein offenes, breites Bündnis der FN mit der «republikanischen Rechten» zu verunmöglichen, wenn das auch nicht für alle Zeiten gelten mag. Der gegenwärtig zu beobachtende Wiederaufschwung der FN zeigt sehr wohl, wie brüchig der Schutzwall ist und wie groß die Notwendigkeit, die Strategie zu seiner Stärkung zu ändern.

Die FN: von ihrer sozialen Basis zu ihrem politischen Projekt

Die größte Schwäche der Aktivitäten gegen die FN besteht darin, dass sie die Besonderheiten ihrer sozialen Basis (wie sie bei Wahlen in Erscheinung tritt) und ihres politischen Projekts nicht oder nicht ausreichend berücksichtigen und den Kampf gegen die FN nicht darauf fokussieren.

Die soziale Basis der FN

Wie alle politischen Parteien erhält die FN Wählerstimmen aus allen sozialen Klassen. Doch ebenso wie bei allen anderen Parteien ist ihr Rückhalt in diesen sozialen Klassen sehr unterschiedlich. Seit ihrem Durchbruch auf der politischen Arena erzielt die FN ihre besten Wahlergebnisse (höhere bis zu sehr viel höheren Prozentsätze gemessen am nationalen Durchschnitt) konstant, wenn auch von Fall zu Fall verschieden ausgeprägt, in folgenden beiden Klassen:

Im Kleinbürgertum

Ich verstehe darunter die gesellschaftlich-ökonomischen Akteure, die Privateigentümer

von Produktionsmitteln sind und sie mittels ihrer eigenen Arbeit, der Arbeit von Familienmitgliedern und vielleicht, gelegentlich oder dauerhaft, mittels einer geringfügigen Zahl angestellter Lohnabhängiger verwerten, die aber nie zahlreich genug werden, als dass sie die Kleineigentümer von ihrer direkten Beteiligung am Produktionsprozess befreien könnten. Konkret handelt es sich um

- kleine Landwirte, die zu einem kleinen Teil für den Eigenbedarf, im Wesentlichen aber für den lokalen, regionalen, bestenfalls nationalen Markt produzieren;
- Handwerker und Kleinhändler, die in den von der kapitalistischen Produktion vernachlässigten Bereichen (etwa Elektriker und Klempner, die häusliche Erhaltungs- und Reparaturdienstleistungen anbieten) teils auf eigene Rechnung, teils im Auftrag größerer Kapitalisten arbeiten (etwa Automechaniker und Kleinhändler, die Produkte kapitalistischer Unternehmen in Lebensmittelläden oder Modeboutiquen *en détail* vertreiben);
- Freiberufler wie Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Notare, Rechtsberater, Steuerberater, Architekten usw.

Man kann diese Klasse als Kleinkapitalisten betrachten, also als die unterste Schicht der Bourgeoisie in Industrie und Handel, die sich von dieser nur durch die Zahl der dauerhaft beschäftigten Lohnabhängigen und der Größe der so in Bewegung gesetzten Produktionsmittel unterscheidet.

Im Proletariat

Darunter verstehe ich die Klasse der gesellschaftlich-ökonomischen Akteure, die über keinerlei eigene Produktionsmittel verfügen und also nur ihre Arbeitskraft haben, die sie versuchen müssen zu verkaufen, um die finanziellen Mittel (in Form eines Lohns) für ihre Subsistenz im Rahmen eines lohnabhängigen Vertragsverhältnisses (in welcher rechtlichen Form auch immer) zu erwirtschaften und die im Rahmen der kapitalistischen Arbeitsteilung nur für ausführende Arbeiten vorgesehen sind (wobei sie in diesem Rahmen bei ihrer Arbeit nur geringfügigen Spielraum für Eigeninitiative und Eigenständigkeit haben). Konkret handelt es sich um:

- Beschäftigte in der Landwirtschaft, in den Bergwerken, in den industriellen Fertigungsbetrieben, im Transportwesen, in den privaten oder öffentlichen Dienstleistungsbetrieben;
- Angestellte im Handel, aber auch im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor (in den Privatunternehmen: Sekretariatsarbeiten, Buchführung usw.; im öffentlichen Dienst: Kommunen, Staat, Sozialversicherungseinrichtungen usw.;
- natürlich alle Erwerbslosen oder aus dem Erwerbsleben Ausgeschlossenen, die in diesen Bereichen arbeiten könnten.

Genauer gesagt haben soziologische Studien erhellt, dass die der FN am meisten zugewandten proletarischen Schichten folgende sind:

- entweder solche ohne gewerkschaftlichen (oder eventuell politischen) Hintergrund, in dessen Rahmen sie auf Klassenbasis organisiert, mobilisiert und verteidigt werden können; typischer Fall: junge Proletarier unmittelbar vor ihrem Eintritt ins Berufsleben, zwischen ihrer letzten Ausbildung und ihrer ersten Einstellung, die hin- und hergeworfen sind zwischen Erwerbslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Fortbildung;
- im Gegensatz dazu auch Arbeiter und Angestellte, die noch vor kurzem gewerkschaft-

lich gut organisiert und geschützt waren, aber in ihren Bereichen, Branchen oder Regionen einer starken gesellschaftlichen Rückentwicklung ausgesetzt sind (Betriebsschließungen, Arbeitsplatzvernichtung, Anstieg der Erwerbslosigkeit und der prekären Beschäftigungsverhältnisse), denen sie keine alternative Perspektive entgegenzusetzen wussten oder konnten (Umschulung, Umzug in andere Regionen, Möglichkeiten des gesellschaftlichen Aufstiegs für ihre Kinder usw.).

In der Phase ihres Durchbruchs und zu Beginn ihrer Konsolidierung erzielte die FN im erstgenannten der genannten zwei Teile der Wählerschaft ihre besten Wahlergebnisse. Seit Anfang der 1990er Jahre und bis heute ist es ihr hingegen gelungen, sich vornehmlich im zweitgenannten Teil zu verankern.

Das politische Projekt der FN

Das politische Projekt der FN – und zugleich die Herausforderung, vor der sie steht – ist das Zusammenschweißen dieser verschiedenen Wählerschichten zu einem Block (einem Bündnissystem), dessen organisatorisches Rüstzeug sie stellen und dem sie den ideologischen Zement liefern würde. Dafür setzt sie ihre Mittel ein; die derzeitigen gesellschaftlichen und globalen Bedingungen sind dafür zugleich günstig und ungünstig.

Die angewendeten Mittel. Um zu versuchen, diese relativ heterogenen sozialen Schichten zu «fusionieren», die divergierende und sogar widersprüchliche Klasseninteressen haben, wendet sich die FN an sie nicht als solche, sondern als Franzosen; anders gesagt, sie schlägt ihnen vor, sich zu einer nationalen Gemeinschaft zusammenzuschließen und stellt sich selbst als deren einzige authentische und konsequente Verteidigerin dar. So verbindet ihr Programm:

- die Wiedererlangung der wirtschaftlichen Souveränität des Staates (Aufgeben des Euro, Wiedereinführung des Francs, Rückverlagerung aller an Brüssel delegierten politisch-ökonomischen Kompetenzen, etwa in Sachen Währungs- und Agrarpolitik);
- die Wiederherstellung der Kontrolle über den grenzüberschreitenden Verkehr von Waren und Kapital; die Wiedereinführung der Wechselkurse und der Möglichkeit, die eigene Währung auf- oder abzuwerten;
- protektionistische Maßnahmen (Zölle, Importbeschränkungen usw.), um bestimmte produktive Sektoren der französischen Wirtschaft zu schützen;
- die Einführung einer «nationalen Präferenz», bei der Franzosen gegenüber Ausländern bevorzugt oder ausschließlich berücksichtigt werden – bei öffentlichen Ausschreibungen, bei Einstellungen im privaten oder öffentlichen Sektor, beim Zugang zu Wohnungen und zu Sozialleistungen, bei der Zulassung zu schulischen Einrichtungen usw.
- Ausweisung aller «Ausländer», die im Rahmen einer solchen Politik keinen Arbeitsplatz (mehr) finden oder gegen Gesetze oder Bestimmungen verstoßen.

Die FN versucht auch, über ihre bisherige soziale Basis hinauszukommen und den Teil der industriellen Bourgeoisie und der Handelsbourgeoisie, die man als «hexagonal» [in Anspielung an die sechseckige Form der französischen Landesgrenzen] bezeichnen könnte, ganz zu sich hinüberzuziehen: diejenigen, deren Interessen hauptsächlich an den Binnenmarkt gebunden sind und die Interesse an einem Schutz dieses Marktes und an der Institutionalisierung eines privilegierten Zugangs zu diesem Markt haben. Darum

geht es auch bei dem von der FN angestrebten Bündnis mit jenem Teil der «republikanischen Rechten», der traditionell und immer noch diesen Teil der französischen Bourgeoisie repräsentiert.

Das hindert die FN aber nicht daran, sich mit Forderungen und Versprechungen an verschiedene Teile ihrer aktuellen oder potenziellen Wählerschaft zu wenden und ihnen die Befriedigung ihrer jeweiligen Sonderinteressen in Aussicht zu stellen. So verspricht die FN den Landwirten, die erfahren mussten, dass die Agrarsubventionen der EU zum großen Teil zurückgefahren wurden, eine Renationalisierung der von der EU-Agrarpolitik in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Bereiche, um sie wieder subventionieren zu können. Ebenso schmeichelt sie den Erwartungen der Kleinunternehmer und Freiberufler in Handel und Handwerk, indem sie ihnen verspricht, sie in erheblichem Maße von Soziallasten zu befreien. Das hindert die FN aber nicht daran, gleichzeitig den abhängig Beschäftigten zu versprechen, die Sozialversicherungssysteme zu retten und den [gesetzlichen] Mindestlohn zu erhöhen. Diese wenigen Beispiele zeigen, dass die einzelnen Teile des ökonomischen und sozialen Programms der FN oft nicht gut zueinander passen, weil sie versuchen, widersprüchliche Interessen zu bedienen.

Der historische und globale Kontext. Die FN entwickelt ihr Projekt in einem dafür zugleich günstigen und ungünstigen Klima, nämlich im Rahmen der Krise des Nationalstaats (besser: der nationalen Form des Staates). Diese Krise ist in der Tat ein grundlegendes Merkmal dessen, was landläufig «Globalisierung» genannt wird – die nie etwas anderes war als die jüngste Phase des Jahrhundertprozesses, in dessen Verlauf der Kapitalismus zur weltumspannenden Produktionsweise wurde, wofür der zunehmend transnationale Charakter des Kapitals eben charakteristisch ist.

In gewissem Sinne bedeutet dieser Kontext, dass der Verwirklichung des Projekts der FN einige schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg gelegt werden. Denn die Krise des Nationalstaats drückt sich zuvörderst in dessen Schwächung aus, im (zumindest teilweisen) Verlust von Souveränität und Macht:

- auf wirtschaftlichem Gebiet der Verlust seiner Fähigkeit, die Reproduktion des Kapitals an der Anforderung nach Aufrechterhaltung des nationalen Zusammenhalts zu orientieren (Zusammenhalt des nationalen Blocks unter der Hegemonie der Bourgeoisie mittels Bündnissen und Kompromissen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen im Rahmen des Nationalstaats);
- auf politischer Ebene halb freiwillige, halb erzwungene Abtretung mehr oder weniger gewichtiger Teile der nationalen Souveränität zugunsten supranationaler (EU, IWF usw.), aber auch infranationaler (regionaler oder städtischer) Instanzen;
- auf ideologischer Ebene Entwertung der Nation zur politischen Gegebenheit, die nicht mehr als politisches Ideal gesehen wird, zugunsten zugleich kosmopolitischer (man fühlt sich immer mehr als Weltbürger, als Mitglied der menschlichen Gemeinschaft, ohne Vermittlung über das Nationale) und individualistischer Bezugsrahmen (man sieht sich selbst immer mehr als autonom und selbstbezüglich an, frei, ohne zugeschriebene Gemeinschaftsidentität).

Zugleich eröffnet diese Entwicklung dem Projekt der FN gewisse Möglichkeiten. Denn die Krise des Nationalstaats und der mehr und mehr transnationale Charakter des Kapi-

tals, der die Krise vorantreibt und zugleich ihre Rahmenbedingungen darstellt, bringen auch die politische Landschaft auf nationaler Ebene durcheinander. Sie bringen eine zunehmende Diskreditierung der traditionellen politischen Organisationen (Parteien und Parteienkoalitionen) mit sich, die den Prozess der Globalisierung begleitet haben oder jedenfalls unfähig waren, sich ihm zu widersetzen oder ihn souverän zu gestalten. Mehr noch, tendenziell befördern sie das Aufbrechen der gesellschaftlichen Blöcke (das System der Klassenbündnisse), als deren Repräsentanten diese Organisationen jahrzehntelang gewirkt haben. So konnte man in Frankreich seit dem Ende der 70er Jahre beobachten:

– Das Auseinanderbrechen des Blocks der besitzenden Klassen. Gegründet im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und seitdem regelmäßig mit variierenden Inhalten immer wieder erneuert, war seine tragende Säule das Bündnis von Bourgeoisie und Kleinbürgertum. Das war traditionell die soziale Basis der Parteien der «republikanischen Rechten», die deren Repräsentation in den staatlichen Institutionen sicherte. Der Block bricht jedoch auseinander, seitdem fast alle Strömungen, aus denen sich die ihn tragenden Parteien zusammensetzen, zu Förderern des Prozesses der Transnationalisierung geworden sind – d. h. Ende der 70er Jahre zum Neoliberalismus übergegangen sind.

– Das Auseinanderbrechen der Arbeiterbewegung sozialdemokratischen Typs. Ebenfalls gegen Ende des 19. Jahrhunderts gegründet, war deren tragende Säule das Bündnis zwischen dem Proletariat (dort, wo es am stärksten konzentriert und am besten gewerkschaftlich organisiert ist) und den Funktionsträgern im Staatsapparat oder am Rande des Staatsapparats (leitende Angestellte oder «lohnabhängige Mittelschichten»). Dieser Block bildete traditionell die soziale Basis der reformistischen Parteien der Linken (PS und PCF). Er bricht auseinander, seitdem der größte Teil der Strömungen in diese Parteien darauf verzichtet, sich den desaströsen wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Prozesses der Transnationalisierung für ihre eigene Basis entgegenzustemmen, ja, sogar selber, offen oder verschämt, im Laufe der 80er Jahre zum Neoliberalismus übergegangen ist – insbesondere mit der Linksregierung 1981–1986.

Wegen dieser doppelten Konvergenz – zugleich eine Bedingung und eine Folge des Prozesses der Transnationalisierung – fühlt sich sowohl ein Teil der sozialen Basis der traditionellen Parteien der «republikanischen Rechten» (vor allem im Kleinbürgertum) wie auch ein Teil der sozialen Basis der traditionellen Parteien der Linken (vor allem in den Reihen des Proletariats) von ihren gewohnten politischen Repräsentanten im Stich gelassen oder hat mit ihnen gebrochen; diese Schichten haben sich auf die Suche nach neuen Repräsentanten gemacht, die sie (vielleicht wirklich, vielleicht auch nur scheinbar) vertreten können.

Es ist diese sehr spezifische Konjunktur, von der die FN profitiert. Sie versucht, diese Schichten an sich zu binden und sie für ihr nationalistisches Projekt und Programm zu gewinnen. Und natürlich kann man sich, *mutatis mutandis*, den Durchbruch extrem rechter Kräfte in anderen europäischen Staaten auf vergleichbare Weise erklären: der Alleanza Nazionale in Italien, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), der Dansk Folkeparti in Dänemark, der Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden oder auch der Goldenen Morgenröte in Griechenland.

Wie kann die FN (und die nationalistische extreme Rechte im allgemeinen) wirksam bekämpft werden?

Aus der Gesamtheit der hier angeführten Elemente einer Analyse können einige Schlussfolgerungen hinsichtlich der Schwerpunkte gezogen werden, die zu gesetzt werden müssen, um den Kampf gegen die Front National und die extreme Rechte im allgemeinen wirksamer zu gestalten.

Der Kampf um die Werte – notwendig und unzureichend

Die Erfahrung der vorangegangenen Kämpfe gegen die FN, insbesondere in den 80er und 90er Jahren hat gezeigt, dass ein Kampf, der sich bloß auf die Verteidigung der aus der humanistischen und demokratischen, in einem Wort liberalen Tradition stammenden Werte beschränkt, nicht hinreicht. Deswegen darf man dieses Terrain nicht preisgeben, ebensowenig wie das der Erinnerung an die antifaschistischen Kämpfe der 30er und 40er Jahre. Aber man darf auch nie vergessen, dass man sich vorwiegend an breite Schichten, und dabei insbesondere an proletarische Schichten zu wenden sucht.

Man muss *die humanistischen Werte der Solidarität, der Toleranz, der Offenheit gegenüber anderen verteidigen* und alle Formen der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus verurteilen. Aber man muss sich dabei der Grenzen der Wirksamkeit eines solchen Diskurses bewusst sein und jedes Moralisieren mit erhobenem Zeigefinger vermeiden.

Der Versuch, einen Arbeiter oder einen Angestellten von der ethischen Überlegenheit des Antirassismus zu überzeugen, wird diesem keinen Arbeitsplatz verschaffen, wenn er arbeitslos ist, und er wird ihn auch nicht von der Angst vor dem Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit und Prekarität befreien, die Angst vor der Abwärtsspirale, die die FN (die extreme Rechte) so erfolgreich ausbeutet. Elend macht taub für Moralpredigten.

Will man gegenüber der in einfachen Bevölkerungsschichten so verbreiteten Fremdenfeindlichkeit jeden Moralismus vermeiden, muss man Klassensolidarität organisieren, wie sie sich durchaus in der spontanen Empathie einheimischer Arbeiter für eingewanderte Arbeiter äußert – beides koexistiert ja oft im selben Kopf nebeneinander. Es gilt, die Gemeinsamkeit ihrer Lage (der Arbeits- und Existenzbedingungen, die niedrigen Einkommen usw.) hervorzuheben und sie dazu zu bringen, gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen: die Unternehmer mit ihrer Politik der Lohnsenkung, die Regierung mit ihrer unsozialen Sparpolitik usw.

Tatsächlich trägt der Rassismus der unteren Bevölkerungsschichten nicht weit, wenn sie sich dessen bewusst werden, dass die rassistischen Spannungen zwischen Teilen der Bevölkerung vor allem von einer Verschlechterung der Lebensbedingungen herrühren, die sowohl die eingeschessenen wie die zugewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter betreffen – oder jedenfalls geht er dann spürbar zurück. Und die beste Methode, ihr Bewusstsein darüber zu schärfen, besteht darin sie dazu zu bringen, gemeinsam gegen ihre schlechten Lebensbedingungen zu kämpfen, praktisch und symbolisch einen gemeinsamen Raum für das Austragen von Konflikten aufzubauen und von Rassismus geprägte Beziehungen durch Klassenbeziehungen zu ersetzen.

Gegen den Populismus und Autoritarismus der extremen Rechten muss man auch die Demokratie verteidigen. Denn jedes Attentat auf die öffentlichen Freiheiten: der Bewe-

gung, der Versammlung, der Vereinsbildung, der Information, der Demonstration usw. stellt eine unmittelbare Bedrohung für die Organisationen der unteren Bevölkerungsschichten dar.

Zugleich kann die Demokratie nicht mehr allein in ihrer repräsentativen (letztlich parlamentarischen) Form verteidigt werden, wie man sie heute kennt. Denn die gegenwärtige Krise dieser Form der Willensvertretung, die mit den ihr innewohnenden grundsätzlichen Beschränkungen zusammenhängt, gehört selbst zu den sekundären Faktoren, die den Aufstieg der FN und der extremen Rechten im allgemeinen begünstigen. Es braucht eine Kritik der repräsentativen Demokratie – (vor allem des Berufspolitikertums mit seinen unvermeidlichen Begleiterscheinungen: Abheben der Mandatsträger von ihrer Basis, Elitismus, Vetternwirtschaft, Korruption –, um zu Formen der direkten Demokratie zu kommen: zur partizipativen Demokratie in den Gemeinden und Stadtvierteln, zur demokratischen Selbstverwaltung in den Betrieben usw.

Es ist zweifellos notwendig und nützlich *die Erinnerung an die antifaschistischen Kämpfe der Vergangenheit wiederzubeleben und zu mobilisieren*. Aber man muss dies in einer Art und Weise tun, die die unteren Bevölkerungsschichten anspricht. Man muss die Abscheulichkeiten (Massenverbrechen, Völkermorde) der faschistischen Bewegungen und Regierungen in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs ins Gedächtnis rufen und die Kontinuität unterstreichen, die die FN (die extreme Rechte) mit diesen Kräften verbindet. Aber man muss auch und vor allem daran erinnern, dass diese Regime für die benachteiligten Bevölkerungsschichten (in erster Linie für das Proletariat) eine Polizeidiktatur bedeuteten, in der ihre Organisationen vernichtet und alle ihre Kämpfe für eigene Interessen verboten waren; hinzu kam eine bedeutende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen (verallgemeinertes Elend) und die Explosion einer massenhaft ausgeübten und erlittenen Gewalt, sei es durch den Zwang, sich am Krieg gegen andere Länder zu beteiligen, sei es durch die Notwendigkeit, sich dem bewaffneten Widerstand als der einzigen verbliebenen, möglichen Form des Kampfes anzuschließen.

Gesellschaftliche Front gegen die FN

Es dürfte klar geworden sein, dass der Kampf gegen die FN (gegen die extreme Rechte) verstanden und aufgebaut werden muss als eine Dimension des proletarischen Klassenkampfes, der in unauflöslichem Zusammenhang mit all seinen anderen Formen steht.

Hierzu gehört Aufklärungsarbeit über das wirtschaftliche und soziale Programm der FN (der extremen Rechten), um die folgenden Sachverhalte aufzudecken und anzuprangern:

- Dessen demagogischen Charakter: Ein großer Teil der Maßnahmen, die dieses Programm fordert, ist nicht dafür vorgesehen, jemals verwirklicht zu werden, weil sie einfach undurchführbar sind. Zum Beispiel: die Verdoppelung des Mindestlohns (nur für die einheimischen Arbeiter!); die Abschaffung aller direkten Steuern auf Profite und die ausschließliche Erhebung indirekter Steuern (was auf noch viel mehr Ungleichheit hinausläuft); usw.
- Dessen unrealistischen Charakter in bezug auf seinen Nationalismus: Die Rückeroberung eines größeren Entscheidungsspielraums für den Staat und eines für das Proletariat günstigen Kräfteverhältnisses ist heute nicht mehr denkbar durch einen Rückzug auf

den nationalen Rahmen, sondern setzt vielmehr den Aufbau einer internationalen und übernationalen Solidarität zumindest auf kontinentaler (europäischer) Ebene voraus.

– Dessen den Interessen der unteren Volksschichten diametral zuwiderlaufenden Charakter: Denn wengleich die FN dem Liberalismus auf dem Terrain der Außenpolitik den Rücken kehrt (die Beziehungen der Nation zum Rest der Welt und die Stellung der Nation auf dem Weltmarkt), ist sie innenpolitisch, in bezug auf die Gestaltung des Binnenmarkts, doch absolut wirtschaftsliberal. So sieht das Programm der FN vor: die Aufhebung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit, die Möglichkeit unbeschränkt erneuerter Kettenzeitverträge, private Versicherungen anstelle der öffentlichen sozialen Sicherungssysteme, die strikte Reglementierung des Streikrechts, die Installierung gelber Hausgewerkschaften in den Händen der Unternehmer, gleichzeitig die Aufhebung aller Erbschaft- und Kapitalsteuern (Steuern also, die die Unternehmen treffen), usw.

Man muss *eine langfristig angelegte und geduldige Arbeit der Rekonstruktion einer Klassenfront auf der Ebene der Orte, der Betriebe und der Stadtviertel* beginnen, bei der Einheimische und Eingewanderte auf in Netzwerken, Vereinen, Gewerkschaften und politischen Parteien zusammenkommen. Ein solcher Zusammenhang fördert die Vergemeinschaftung des Erfahrenen und die unmittelbare Solidarität lange bevor an die Wiederherstellung eines umfassenden, besseren Kräfteverhältnisses gedacht werden kann. Man konzentriert sich dabei auf die Lösung der Probleme des Alltagslebens, in dem Erniedrigung, Absturz oder auch Ausschluss erlebt werden, die psychologischen und politischen Regressionen aller Art den Boden bereiten. Ein paar Beispiele seien genannt:

– wieder Wege für den Kampf gegen Entlassungen finden, oder auch gegen die Ausdehnung der prekären Beschäftigungsverhältnisse, gegen die Umwälzung der Arbeitsorganisation, die Dequalifizierung, die täglichen Schikanen usw.; und alternative (zu den Plänen der Unternehmer) Projekte der Reorganisation und Neuorientierung der Produktion entwickeln;

– sich aber auch die Aufgabe stellen, die materielle und soziale Sanierung der am meisten benachteiligten und heruntergekommenen Stadtteile unter Einbeziehung der Bevölkerung und Entwicklung von Formen der Selbstverwaltung in Angriff zu nehmen und die Nachbarschaftshilfe (in Form von Tauschbörsen für Lebensmittel und Kleidung) sowie kulturelle Aktivitäten und Freizeitgestaltung voranzutreiben (mit örtlichen Informationsmaterialien, Stadtteilfesten usw.);

– vor Ort gegen die dramatischen Konsequenzen des zunehmenden Elends kämpfen (Stromabstellungen, Pfändungen, Vertreibungen usw.), indem man sich dem entgegenstellt, zugunsten der schlecht Untergebrachten und der Obdachlosen Wohnraum beschlagnahmt usw.

Dies alles sollte gekrönt werden von der Entwicklung politischer Initiativen auf nationaler und kontinentaler (europäischer) Ebene, die geeignet sind, die verallgemeinerte Konkurrenz (den Krieg aller gegen alle) in den unteren Bevölkerungsschichten aufzuheben, indem die Erwerbsarbeitslosigkeit und Prekarität, Armut und Elend substantiell zurückgedrängt werden. Den Regierungen müssen politische Maßnahmen durch Massenaktionen aufgezwungen werden, sofern es sich um Regierungen handelt, die angetreten sind, die Interessen der Arbeiterklasse, der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu ver-

teidigen, und denen es gelungen ist, zur Regierungsverantwortung zu kommen. Solche politischen Initiativen müssten sich um folgende Achsen drehen:

- eine massive und allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die durch die Entwicklung der automatisierten Fertigungsprozesse absolut möglich geworden ist;
- eine Umverteilung der Einkommen in der dreifachen Form der Schaffung neuer Arbeitsplätze (die eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich macht, aber auch zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, die unter heutigen Bedingungen weitgehend vernachlässigt werden); eine Anhebung der Reallöhne, verbunden mit einer Verringerung der Schere zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen und einer Anhebung des indirekten Lohns (den sog. Soziallohn, aber auch durch preiswerten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen) – das Ganze begleitet von einer verstärkten Besteuerung der Einkommen, die nicht aus lohnabhängiger Arbeit stammen, vor allem auf Vermögenswerte (Grundbesitz, Immobilien, mobiles Kapital), die in den letzten 25 Jahren immens gestiegen sind;
- einen Wirtschaftsaufschwung auf der Grundlage einer grundlegenden Umorientierung des produktiven Apparats, um den Zwängen, aber auch den Möglichkeiten gerecht zu werden, die mit der globalen ökologischen Krise einhergehen (Klimawandel, Erschöpfung der mineralischen, botanischen und animalischen natürlichen Ressourcen usw.

Alain Bihr war Soziologiedozent in Besançon mit Schwerpunkt soziale Ungleichheit und Klassenbeziehungen. Er ist Autor verschiedener Beiträge über die FN und die extreme Rechte. Derzeit ist er in der Organisation Alternative Libertaire aktiv.